

Liebe Präsidentin, liebe Präsidenten, wir müssen miteinander reden!

Unsere großen Wissenschaftsorganisationen empfehlen politische Maßnahmen. Ist das notwendige Politikberatung oder handelt es sich um Kompetenzüberschreitung oder gar eine wissenschaftliche Hybris? Wir brauchen eine offene Diskussion zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik.

Die Wissenschaft befindet sich in einer Glaubwürdigkeitskrise

von Prof. Dr. Tobias Unruh, 03.04.2021

Lockdowns und Schutzmaßnahmen wurden und werden in der Coronakrise von Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Organisationen empfohlen, gefordert oder auch für wissenschaftlich notwendig und damit „alternativlos“ erklärt. Aber erfolgt das - wie vorgegeben - evidenzbasiert? Und ist es überhaupt möglich, dass es aus wissenschaftlicher Sicht empfehlenswerte oder gar notwendige Maßnahmen gibt?

Es steht sicher außer Frage, dass Politikberatung durch die Wissenschaft nicht nur legitim, sondern dringend geboten ist. Allerdings zeigt es sich, dass bei der gegenwärtig von den großen deutschen Forschungsorganisationen praktizierten Art wissenschaftlicher Politikberatung, wie z.B. in den sieben Ad-hoc-Stellungnahmen der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina zur Coronavirus-Pandemie, der gemeinsamen Erklärung „Coronavirus-Pandemie: Es ist ernst“ der Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Präsidenten von vielen der größten und namhaftesten deutschen Forschungsorganisationen sowie deren Unterstützung des Aufrufs „WissenschaftlerInnen fordern europäische Strategie zur raschen und nachhaltigen Reduktion der COVID-19-Fallzahlen“, einer Gruppe von Wissenschaftlern um Prof. Priesemann, häufig gleich zwei rote Linien überschritten werden.

Die in diesen Erklärungen zum Ausdruck kommende Politikberatung wird dem notwendigen eigenen Anspruch auf umfassende Betrachtung der Folgen der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht gerecht. Diesen Anspruch hat die Präsidentin der DFG, Frau Prof. Katja Becker, in ihrer Neujahrsansprache am 11.01.2021 völlig richtig dargestellt: „So ist die Pandemie ein Paradebeispiel, auch für die Komplexität von Forschungszusammenhängen: Die anfänglichen Stimmen aus der Medizin wurden schnell um mathematische Modellierungen erweitert, sukzessive traten Wortmeldungen der Ökonomie hinzu, rechtswissenschaftliche Einschätzungen zu den Grundrechten wurden vorgenommen, und unterschiedlichste Fragen der Soziologie, Psychologie und Pädagogik tauchten auf. . . Die DFG hat das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen Dimensionen da-

her bereits früh in ihrer Pandemiekommission abgebildet.“ Aber genau diesem Anspruch nach Abwägung aller Folgen der Maßnahmen in medizinischer, ökonomischer, rechtlicher, sozialer, psychologischer und pädagogischer Sicht werden die öffentlichen Erklärungen mit ihren Forderungen zur Umsetzung von „Corona-Maßnahmen“ in keiner Weise gerecht. Hierdurch wird eine erste rote Linie für seriöse Politikberatung überschritten. Es handelt sich in diesen Papieren um Vorhersagen hinsichtlich der Ausbreitung des SARS-CoV-2 Virus aus epidemiologischer Sicht unter Verwendung vereinfachter Modellrechnungen. Die anderen Folgen der vorgeschlagenen Maßnahmen finden keine adäquate Erwähnung. Die von Frau Becker erwähnte Pandemiekommission hatte bereits am 15.06.2020 ihre konstituierende Sitzung. Eine Stellungnahme zur Verhältnismäßigkeit und den Auswirkungen der Maßnahmen auf die Gesellschaft gibt es von dieser Kommission bis heute nicht.

Es werden Menschen gezählt, die an oder mit Covid-19 gestorben sind. Wer aber zählt die nicht behandelten Patienten, die sich nicht rechtzeitig zum Arzt trauen, die Alten, die an Vereinsamung, fehlender Bewegung, Verzweiflung langsam oder schnell vor sich hin sterben? Wer zählt die Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, denen die Grundlage für ein gesundes oder lebenswertes Leben zerstört werden, die Unternehmer, Künstler, Selbständigen, denen Lebenswerk und -grundlage genommen werden, die vielen Menschen, die ihren Job verloren, in Kurzarbeit sind, schwere Depressionen bekommen oder unter der zunehmenden häuslichen Gewalt leiden, um nur einige Beispiele zu nennen? Sind all diese Todesfälle und Schicksale in den Modellrechnungen und Empfehlungen enthalten?

Liebe Frau Becker, Sie sind in Ihrer Gesprächsbereitschaft weiter als Ihre Kollegen Präsidenten, was ich wichtig und sehr bemerkenswert finde! Sie lassen mir am 16.03.2021 über Ihren Pressesprecher ausrichten, dass die Erklärungen der DFG „auf der Basis wissenschaftlicher Evidenz“ stehen. Diese „gründeten auf umfangreichen fachlich fundierten Analysen und Modellierungen des pandemischen Geschehens, welche im Falle der gemeinsamen Erklärung der DFG-Präsidentin und ihrer Präsidenten-Kollegen von Ende Oktober 2020 in der Veröffentlichung auch direkt abgebildet sind.“. Die alleinige Fokussierung auf das Infektionsgeschehen kann aber eben keine Evidenz für die Beurteilung etwaiger Maßnahmen liefern. Genau das haben Sie ja in Ihrer Neujahrsansprache völlig richtig zum Ausdruck gebracht. Es bedarf einer erheblich umfassenderen multidisziplinären Betrachtung.

Liebe Präsidentin, liebe Präsidenten, darüber müssen wir reden! Diese Diskussion muss ergebnisoffen und öffentlich geführt werden. Hier muss die Wissenschaft die Folgen der Maßnahmen in all ihren Facetten analysieren und die Ergebnisse öffentlich machen. Wer ohne Einhaltung dieser guten wissenschaftlichen Praxis politische Maßnahmen fordert, überschreitet eine rote Linie und schädigt das Vertrauen in die Wis-

senschaft.

Liegen diese Ergebnisse aber vor, dann bedarf es eines gesellschaftlichen Diskurses und letztlich eines politischen Entscheidungsprozesses, um geeignete und verhältnismäßige Maßnahmen, soweit solche überhaupt erforderlich sind, zu beschließen. Dieser gesamte Prozess kommt völlig ohne eine Beteiligung der Wissenschaft aus. Allenfalls können neue fachliche Fragen aufkommen und von wissenschaftlicher Seite geklärt werden.

Es ist aber genau dieser Prozess, der durch die Empfehlung konkreter politischer Maßnahmen und die Verkündung ihrer unbedingt notwendigen Umsetzung mit der Autorität der großen deutschen Wissenschaftsorganisationen umgangen wird. Es ist eine Kompetenzüberschreitung, ja eine Hybris dieser Organisationen, zu glauben, dass sie durch wissenschaftliche Expertise den gesellschaftlichen Diskurs überflüssig machen und gleich die unbedingt notwendigen Maßnahmen präsentieren können. Hierin besteht die zweite Überschreitung einer roten Linie.

Liebe Präsidentin, liebe Präsidenten, ja wir müssen reden! Wir müssen über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft reden. Wir, das sind die Wissenschaftler, aus allen Disziplinen, in Universitäten und Forschungsinstituten, in der Industrie und in Betrieben. Es ist das Vertrauen der Gesellschaft in die Wissenschaft, das Sie aufs Spiel setzen!